

## PRESSEERKLÄRUNG

Eschwege, 25.01.2010

### **Quanz und Franz: Kommunen bei Kita-Personalstandards nicht im Regen stehen lassen**

#### **Verfassung beachten, Wort halten, Konnexitätsprinzip strikt anwenden**

Lothar Quanz und Dieter Franz fordern in einer Pressemitteilung die Landesregierung auf, bei ihrer Zusage zu bleiben und beim Ausgleich der höheren Personalkosten im Gefolge der ab 1. September 2009 geltenden Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten das Konnexitätsprinzip strikt anzuwenden. „Minister Banzer hat mehrfach zugesagt, dass alle Kommunen, die die neuen Personalrichtgrößen anwenden, die Mehrkosten vollständig erstattet bekommen – unabhängig von der Frage, ob sie das erst ab 1. September 2009 tun oder bereits vorher getan haben“, stellte Lothar Quanz fest. Demgegenüber hatte Banzer im Ausschuss des Landtags für Arbeit, Familie und Gesundheit über hinter den Kulissen stattfindende Verhandlungen in der Frage Konnexität berichtet. Offensichtlich solle statt vollständiger Erstattung tatsächlich entstandener Kosten eine pauschale Abgeltung durch eine Verringerung der Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich erfolgen.

„Viele Kommunen haben auf das Wort des Ministers vertraut und entsprechend gehandelt. Sie jetzt auf diesen Kosten ganz oder teilweise sitzen zu lassen, wäre unredlich. Es wäre auch aus fachlicher Sicht der völlig falsche Weg, da der höhere Personalschlüssel längst überfällig war“, erläuterte Dieter Franz. Wenn die Kommunen jetzt auf den Kosten sitzen blieben, sei zu befürchten, dass die erreichten Verbesserungen rückgängig gemacht und neue erst gar nicht erreicht würden. „Dies wäre ein Rückschritt für alle Beteiligten: für die Erzieherinnen und Erzieher, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert würden, für die Eltern, die bessere Bildungs- und Betreuungsangebote für ihre Kinder wollen und nicht zuletzt für die Kinder, deren Förderungsmöglichkeiten beeinträchtigt würden.“

# LOTHAR QUANZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

# DIETER FRANZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

## PRESSEERKLÄRUNG

Eschwege, 25.01.2010

Es würden jetzt Dinge vermischt, die nichts miteinander zu tun hätten. „Die Hessische Landesregierung hat angekündigt, den Kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen € zu kürzen. Das ist schlimm genug. Den Kommunen aber jetzt das vergiftete Angebot zu machen, Teile davon zurückzunehmen, wenn die Kommunen im Gegenzug die durch die neuen Mindestvoraussetzungen entstandenen Personalmehrkosten übernehmen, grenzt an Hohn. Ein Übel kann nicht mit einem anderen bekämpft werden, es macht es nur noch schlimmer“, so die beiden SPD-Abgeordneten.

Quanz und Franz fordern den Hessischen Ministerpräsidenten auf, dafür zu sorgen, dass die Zusage seines Familienministers auch umgesetzt werde. „Das Konnexitätsprinzip kann nicht zur Verhandlung stehen, es hat Verfassungsrang. Das Land hat Vorgaben für die Kommunen gemacht, für die Mehrkosten muss es auch geradestehen. Die Kommunen, die Fachkräfte in den Kindertagesstätten und die Familien haben einen Anspruch auf eine verbindliche Aussage zur Kostenübernahme durch die Landesregierung. Das Gezerre um die Finanzierung hat schon zu lange gedauert“, so Lothar Quanz und Dieter Franz abschließend.